KB1 Klimaschutz und Bauen

Antragsteller*in: Eva Borke-Thoma

Text

Das Ziel muss sein, dass sie bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu haben.

Meist steht in den Klimaschutzkonzepten, dass ca. 1% der Häuser einer Siedlung pro Jahr energetisch saniert werden sollte. Um eine effiziente Energieeinsparung im Gebäudebereich zu erreichen, müssten es allerdings 2,5 % sein. Da der energetische Standard der Bestandsgebäude meist noch auf Stand ihrer Entstehungszeit ist, besteht hier das größte Einsparpotential.

Wir wollen daher die energetische Gebäudesanierung zielgerichtet und effektiv vorantreiben. Dies kann gelingen, indem man neue Energieeffizienztechnologien anwendet und regional angepasste und technologieoffene Verpflichtungen im Bestand vorantreibt. Mögliche Stellschrauben können hier kommunale Förder- und Modernisierungsprogramme unter energetischen und demografischen Aspekten sein, oder eine enge Kooperation mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Des Weiteren können strengere Vorgaben für kommunale Gebäude sinnvoll sein, wie auch vertraglich festgelegte energetische Standards beim Verkauf oder Verpachten von kommunalen Grundstücken.

Wenn Städte und Gemeinden ihre kommunalen Liegenschaften mit Wärme aus erneuerbaren Energien versorgen, bieten sie dem Versorger eine verlässliche Infrastruktur für einen garantierten Wärmeabsatz.

Wir wollen daher mehr wärmeeffizientes Bauen und Sanieren, mehr Quartierslösungen, mehr Zusammenarbeit mit dem Gewerbe vor Ort und mehr Wärmenetze.

Wir setzen uns dafür ein, dass Energiewende und Wärmewende mehr zusammen gedacht werden. Dass dies möglich ist, beweisen die zahlreichen Bioenergiedörfer, welche dieses Prinzip schon erfolgreich in die Tat umsetzen.

- Bioenergiedörfer nutzen ihren Strom- und Wärmebedarf größtenteils selbst, meist mit regional bereitgestellter Biomasse und anderen erneuerbaren Energien. Das tolle dabei ist, dass meistens über 50% der Anlagen im Besitz von WärmeabnehmerInnen und LandwirtInnen sind, also der Bevölkerung vor Ort. Maßnahmen für eine stete Verbesserung von Energieeffizienz und Einsparung bleiben hier meist nicht aus. Teilhabe, direkte Einflussnahme und bei der Umsetzung live dabei zu sein, ist das Erfolgsrezept eines Biodorfs. Nebenbei stärkt es auch die lokale Wirtschaft, da ein Großteil der Ausgaben in der Region bleibt.

In größeren Kommunen wollen wir, dass man bei der Erfüllung der baulichen Klimaschutzziele mehr auf integrierte Quartierskonzepte setzt. In städtischen Räumen stehen Gebäude selten für sich alleine, sondern in vielfältiger Beziehung zu ihrer Umgebung. Bei der Planung spielen sowohl technische, als auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte eine Rolle. Mit integrierten Quartierskonzepten können sowohl eine höhere Gesamteffizienz, als auch eine nachhaltige Stadtentwicklung vorangetrieben werden. Gerade dicht bebaute und

bewohnte Gebiete können durch ein gemeinsames Wärmenetz sparsamer versorgt werden, wie mit einem Biogas-Blockheizkraftwerk oder Holzheizkraftwerk. Klima- und Denkmalschutz sollten zusammen gedacht werden, so kann eine Solaranlage auf einem benachbarten Neubau auch für das denkmalgeschützte Gründerzeithaus daneben genutzt werden.

Wir wollen, dass Städte und Gemeinden ihre vielfältigen Gestaltungs- und Umsetzungsinstrumente nutzen. Bei der Ausweisung von Bauland und dem Verkauf kommunaler Grundstücke können sie z.B. die Nutzung Erneuerbarer Energien vorschreiben. In Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie Bausatzungen können sie Kriterien für eine regenerative Energieversorgung festlegen und auf diese Weise private Investitionen in die Erneuerbaren fördern. Bei der Veräußerung kommunaler Grundstücke kann man so z.B. durch den Kaufvertrag umfangreich Einfluss nehmen. Das kann der Anschlusszwang an ein Nahwärmenetz sein oder die Nutzung von Sonnenenergie bedeuten, wie es in Tübingen bereits umgesetzt wird. Es gibt aber auch andere Wege, als die Dächer einer ganzen Siedlung der Sonne zuzuwenden.

Bei allen Forderungen sollte man die Verteilung der Kosten dennoch nicht außer Acht lassen. Es ist wichtig, die Lasten bei denjenigen abzufedern, welche am wenigsten haben. Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten für einkommensschwache Haushalte sind daher sinnvoll. Dazu braucht es oft nur einfache Maßnahmen, wie professioneller Energiesparberatungen anzubieten, kostenlose Energiesparartikel zu verteilen, Ausbildung von BewohnerInnen zu EnergieberaterInnen auszubilden, oder einen kommunalen oder Stadtwerk-Sozialfond einzurichten, wie es z.B. Friedrichshafen oder Tübingen gemacht hatben.